

# **GERECHTE HANDLUNGSFÄHIGKEIT IN KRISENZEITEN - WAS WIR AUS DEM UMGANG MIT CORONA LERNEN SOLLTEN**

PG Corona Response Coordination – SubPG Intersektionalität  
20. April 2020

## **Was ihr aus diesem Artikel mitnehmen werdet:**

- 1) Die aktuelle Krisenpolitik ist an vielen Stellen sozial ungerecht und undemokratisch.
- 2) Wir sitzen nicht alle im selben Boot. Die Coronakrise ist nicht einfach ein natürlicher, externer Schock. Sie ist politisch - und macht gravierende systemische Ungleichheiten deutlich. Gesundheitliche Risiken treffen marginalisierte Gruppen am Härtesten. Gleiches gilt für die Maßnahmen zur Krisenbewältigung.
- 3) Das liegt auch daran, wie "Krisenmanagement" betrieben wird. Die Prozesse sind nicht partizipativ oder inklusiv.
- 4) Daher müssen wir pauschalierendes Lob der Krisenpolitik ablehnen. Stattdessen können wir nun gerechtes und demokratisches Krisenmanagement lernen.
- 5) Das braucht zum einen mehr Räume für Beteiligung in unserem repräsentativen System, zum Beispiel durch eine Bürger:innenversammlungen. Zum anderen können wir lokal Solidarität und demokratische Selbstbestimmung verbinden.

Es liegt nicht fern, die Coronakrise mit ökologischen Krisen wie der Klimakatastrophe zu vergleichen. Zum einen sind die Krisen in ihren Ursachen und Wirkungsweisen tief verbunden - dazu später mehr. Zum anderen erfordern beide Krisen außergewöhnliche Maßnahmen als Antwort. Heute sagen daher viele: "Endlich handelt die Regierung entschieden auf eine Krise. Auf die Klimakrise sollte die Regierung ebenso entschieden antworten" - oder sowas Ähnliches. Der Reiz solcher Aussagen - besonders für simples, griffiges Messaging - ist offensichtlich. Allerdings sind sie auch gefährlich vereinfachend. Daher wollen wir in diesem Blog zu mehr Sensibilität bei Vergleichen zwischen der Coronakrise und ökologischen Krisen anregen. Das tun wir, indem wir die Coronakrise auf ihre sozialen Dimensionen beleuchten (Stichwort: Umweltgerechtigkeit) und auf (un)demokratisches Krisenmanagement eingehen.

## **Covid-19, Diskriminierung und Intersektionalität**

Klar, alle Menschen sind von der COVID-19 Pandemie betroffen. Aber nicht gleichermaßen. Die Coronakrise offenbart die tiefliegenden strukturellen Missverhältnisse unseres Weltwirtschaftssystems, weist bereits bestehende soziale Diskriminierung auf und verstärkt sie weiter. Lasst uns zuerst auf gesundheitliche Belastungen schauen. Diese sind dramatisch ungleich verteilt. Nicht alle Menschen sind gesundheitlichen Risiken gleichermaßen ausgesetzt - denkt an Menschen in prekären

Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. Verkäufer:innen oder Pflegekräfte - die weiterhin arbeiten müssen. Nicht alle Menschen können international empfohlene Schutzmaßnahmen gleichermaßen umsetzen. Geflüchtete in überfüllten Camps oder Obdachlose, zum Beispiel, können sich nicht einfach selbst isolieren.<sup>1</sup> Und nicht alle Menschen erhalten gleiche gesundheitliche Versorgung, wenn sie betroffen sind. Schwarze Menschen in den USA, zum Beispiel, sind nicht nur überproportional betroffen, sondern erhalten auch deutlich schlechtere gesundheitliche Versorgung.<sup>2</sup> Verschiedene Unterdrückungsformen können sich zudem überlappen. So erleben mehrfach marginalisierte Menschen, wie beispielsweise schwarze Frauen, queer People of Color oder geflüchtete Kinder ein Zusammenspiel unterschiedlicher und intersektionaler Arten der Diskriminierung<sup>3</sup>.

Aber nicht nur die gesundheitlichen Auswirkungen der Krise diskriminieren auf komplexe Weise. Auch die politischen Eindämmungsmaßnahmen treffen Menschen ungleich - und das global. In Indien zum Beispiel sind Millionen Wanderarbeiter:innen - ohne jegliche Möglichkeit zur Vorbereitung - durch den weltweit größten Lockdown urplötzlich arbeits- und obdachlos geworden und kämpfen nun ums Überleben.<sup>4</sup> Weniger drastisch, doch ebenfalls besorgniserregende Nebeneffekte der Maßnahmen spielen sich in Deutschland ab. Keinen Tag nach Inkrafttreten der Ausgangsbeschränkungen in Sachsen konnten wir beobachten, wie wohnungslose Menschen in Gewahrsam genommen wurden. Die Bevorteilung von größeren Unternehmen durch das „Corona-Hilfspaket“ lässt Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen in der ohnehin bestehenden Existenzsorge verharren.<sup>5</sup> Für Menschen mit Behinderungen, die nicht in Heimen leben, bestehen nicht dieselben Schutzkonzepte wie für Altenheime.<sup>6</sup> Schulbildung soll wie selbstverständlich zu Hause stattfinden - klar, dass da manche Kinder aufgrund des Zeit-, Geld- oder Motivationsmangels der Eltern zurückfallen. Außerdem wird ein Anstieg häuslicher Gewalt, v.a. gegen Frauen und Kinder erwartet. Diese haben nun weniger Möglichkeiten sich zurückzuziehen und sind seltener an Orten, an denen die Gewalt von Außenstehenden bemerkt werden können.<sup>7</sup> Das sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen deutlich, dass bestimmte Personengruppen bei den neuen Regelungen nicht ausreichend mitgedacht werden.

Aber es ist nicht nur, dass es den Maßnahmen an sozialen „safeguards“ mangelt. Sie schaffen zum Teil auch beträchtliche Interpretations- und Willkürspielräume für Autoritäten, die diese durchsetzen.<sup>8</sup> In der in Bayern geltenden Verordnung beispielsweise heißt es: "Das Verlassen der eigenen Wohnung ist nur bei Vorliegen triftiger Gründe erlaubt."<sup>9</sup> Was ein triftiger Grund ist, liegt bei einer Polizeikontrolle zunächst

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-lesbos-corona-101.html>

<sup>2</sup> <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/25/coronavirus-racial-disparities-african-americans>

<sup>3</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=VF8FbUP14Ik&t=1533s>

<sup>4</sup> <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/04/i-just-want-to-go-home-the-desperate-millions-hit-by-modis-brutal-lockdown>

<sup>5</sup> <https://www.marco-buelow.de/bundestag-corona-hilfspaket-verstaerkt-ungleichheit-spart-mittelstand-aus/>

<sup>6</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/gesundheitspolitik-coronavirus-menschen-mit-behinderung-1.4860711>

<sup>7</sup> <https://www.dw.com/en/coronavirus-fears-of-domestic-violence-child-abuse-rise/a-52847759>

<sup>8</sup> <https://www.heise.de/tp/features/Absurde-Polizeibefugnisse-aufgrund-von-angeblichem-Infektionsschutz-4701207.html?fbclid=IwAR2GVdW0IC4X5FBBjtJfBWrrEu-ng9z7U7Cz42nj7UVFVdur13MzgKDapwBM>

<sup>9</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/coronavirus-bayern-ausgangsbeschaerungen-faq-1.4853333-2>

im Ermessen der Polizeibeamt:innen. Da die deutsche Polizei immer wieder aufgrund rassistischer Profilerstellung und strukturellem Rassismus in der Kritik steht, ist zu erwarten, dass es hier auch zu diskriminierenden Verzerrungen kommen kann.<sup>10</sup> Über den Tellerrand von Nationalgrenzen hinaus lässt sich in Form von Abschottungstendenzen, ausbleibender Evakuierung aus Geflüchtetenlagern (trotz offensichtlich erhöhter Infektionsgefahr) und offiziellen “Empfehlungen” der deutschen Behörden, die Rettung von Menschen aus Seenot vorerst einzustellen, beobachten, wie tödlich das Virus für weniger Privilegierte wirklich ist.<sup>1112</sup>

Ungerechtigkeiten der Betroffenheit und Maßnahmen in der Coronakrise sind vielfältig. Natürlich können wir die hier nicht in allen Dimensionen vollständig beschreiben. Wir wollen lediglich um mehr Sensibilität in der Bewertung der aktuellen Maßnahmen werben - und dafür, die Krise als *biopolitisch* zu verstehen. Die Krise - ihr Ablauf, ihr Umfang - ist nicht rein natürlich, nur weil sie mit einem Virus zusammenhängt. Wer wie und wann betroffen ist hängt, wie oben dargelegt, von unseren bestehenden Sozial- und Wirtschaftssystemen ab. Daher sind auch Maßnahmen, die auf die Krise antworten, nicht einfach “natürlich notwendig” oder das Produkt von “gesundem Menschenverstand”. Sie sind abhängig von politischen Aushandlungsprozessen.<sup>1314</sup> Diese Prozesse wollen wir nun im letzten Teil betrachten.

## **Corona-Demokratie?**

Zur Eindämmung der Corona Pandemie handeln mehrere Regierungen weltweit einer autoritären Logik nach, welche mit zunehmender Überwachung und dem Katastrophen Kapitalismus einhergehen. Nach Naomi Kleins Konzept des Katastrophen Kapitalismus bergen gesamtgesellschaftliche Schockmomente gefährliche Potentiale für die Durchsetzung von ansonsten öffentlich nicht unterstützen, oftmals neoliberalen und den Abbau von Sozialleistungen stützenden Politiken<sup>15</sup>. Diese verschlimmern Krisensituationen durch weitere Umweltverschmutzung und verstärkter sozialer Ungleichheiten, sodass diese dringend unterbunden werden müssen. Auch in Deutschland werden bereits Entscheidungen getroffen, die stark in unsere demokratischen Grundrechte eingreifen. Ein undifferenziertes Befürworten dieser staatlichen Maßnahmen - das sich, wie oben dargestellt, schon aufgrund ihrer diskriminierenden Wirkungen verbietet - widerspricht daher der Kernbotschaft von XR. XR fordert neben gerechten und funktionsfähigen zentralen Entscheidungsfindungsprozessen, dass mittel- und langfristige Maßnahmen (zum Umgang mit der Klimakrise) von Bürger:innen diskutiert und (mit)bestimmt werden. Momentan können wir beobachten, wie schnell Krisen, die wir im Rahmen der Klimakrise häufiger erleben werden,

---

<sup>10</sup> <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-wie-kritische-polizisten-ausgebremst-werden-100.html>

<sup>11</sup> <https://taz.de/Europarat-Bericht-zu-Menschenrechten/!5672094/>

<sup>12</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/alan-kurdi-auf-dem-mittelmeer-wie-die-corona-krise-die-fluechtlingsretter-trifft-a-9a9df060-7a02-4b13-a972-6cc29ea4be7f>

<sup>13</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=KcWoQ8KdMa8>

<sup>14</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Iktid9mD9rA>

<sup>15</sup> <https://theintercept.com/2020/03/16/coronavirus-capitalism/>

unser alltägliches Leben verändern können, wie unvorbereitet sie uns treffen und wie schnell dabei demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.

Wie schnell in Ausnahmesituationen demokratische Grundrechte ausgehebelt werden, wenn es nicht genügend Mitbestimmung gibt, lässt sich am Gravierendsten in Ungarn beobachten: Hier wurden Ende März Notstandsgesetze erlassen, durch die Ministerpräsident Viktor Orban umfassende Sondervollmachten erhält. Er kann so ohne zeitliche Befristung auf dem Verordnungsweg regieren. Wahlen werden ausgesetzt und die Pressefreiheit wird massiv eingeschränkt.<sup>16</sup>

Aber auch in Deutschland wackeln demokratische Grundpfeiler. Am 5. April zeigte sich an verschiedenen Orten in ganz Deutschland, dass politischer Protest auch unter Achtung aller empfohlener Hygienemaßnahmen von der Polizei nicht ermöglicht wurde.<sup>17</sup> Mit Sorge betrachten wir als politische Aktive in Deutschland, wie das Recht auf (freie Meinungsäußerung) Versammlungsfreiheit und derartigen politischen Protest ohne großes Aufsehen ausgesetzt wird. Ebenso besorgt beobachten wir die Pläne zur Nutzung von Mobilfunkdaten zur Eindämmung der Pandemie. So will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) Gesundheitsbehörden zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie weitreichende Zugriffe auf personenbezogene Daten erlauben.<sup>18</sup>

Ja, in der Krise musste zügig gehandelt werden. Ja, für schnelle Schritte gegen die Ausbreitung des Virus waren bundesweite, zentral getroffene Ansagen hilfreich. (Für eine koordinierte Antwort waren föderalistische und nationalstaatliche Zerstückelung eher hinderlich.) Und ja, die Reaktion der Bundesregierung war bedachter als die mancher anderer Staaten. Gleichzeitig aber kann auch schnell und effektiv gehandelt werden, wenn mehr als eine Handvoll Expert:innen miteinbezogen wird. Und zumindest, wenn es um mittelfristige Maßnahmenverläufe und Konjunkturpakete geht, gibt es keine Entschuldigung dafür, top-down Entscheidungen zu treffen und die Bevölkerung zu übergehen. Die Gefahr, dass die Ausnahme-Rhetorik benutzt wird, um zivile Freiheiten zu beschränken, ist klar sichtbar. Stattdessen sollte genau jetzt ein Moment dafür sein, um zu überdenken, wie wir auch in Krisen gerecht handlungsfähig bleiben können.

## **Solidarität und gerechte Handlungsfähigkeit**

Autoritäre Ausnahmezustand-Politik verstärkt also Momente der strukturellen Gewalt und ist nicht gerecht. Diese Entwicklungen zeigen uns, weshalb wir jetzt dringend mehr Demokratie brauchen, und nicht weniger. Denn, so unsere These, wenn Entscheidungsprozesse inklusiver sind, sind es auch ihre Resultate.

---

<sup>16</sup> <https://www.fr.de/panorama/corona-ungarn-viktor-orban-notstand-diktatur-zr-3633977.html>

<sup>17</sup> <https://www.fr.de/frankfurt/polizei-loest-menschenkette-fluechtlingsaktivisten-frankfurt-zr-13641468.html>

<sup>18</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/handytracking-spahn-will-zugriff-auf-mobilfunkdaten-von-corona-kontaktpersonen/25669028.html?ticket=ST-2574717-IV2TVt1ZeRH79crubr7Z-ap4>

Dafür müssen wir unsere Politik neu denken und leben. Die unzureichenden Institutionen unseres repräsentativen Systems müssen erweitert und gestärkt werden, um in Zukunft rechtzeitige und sozial gerechte Krisen-Entscheidungen treffen zu können. Zur Neuordnung nach der Coronakrise braucht es Bürger:innenversammlungen - bewährte Instrumente inklusiver Entscheidungsfindung. Außerdem ist politische Organisierung an der gesellschaftlichen Basis zentral. Es gilt die zurzeit entstehenden Strukturen, wie die Nachbarschaftshilfe, auszuweiten und zu politisieren. Solidarische Netzwerke dürfen nicht nur "Notlösungen" in der Krise sein, sondern können dauerhaften Umbau von Beziehungen und Zusammenleben bedeuten. Dabei ist es wichtig, dass ehrenamtlichen Hilfsangebote nicht nur dazu dienen, Lücken zu füllen, die der Neoliberalismus in unserem alltäglichen Versorgungssystem hinterlässt. Ziel muss es ebenso sein, gemeinsam politisch handlungsfähig zu werden und zu bleiben.

Die kritische Betrachtung der aktuellen Entwicklungen in der Corona-Krise zeigt uns demnach, dass Maßnahmen nicht aus einer undemokratischen Notsituation heraus entworfen werden dürfen. Dadurch drohen mehr Ungerechtigkeiten und autoritäre Gefahren. Zusätzlich zu lokalen demokratischen Strukturen, brauchen wir ein handlungsfähiges demokratisches Organ, das effektiv und inklusiv gerechte Entscheidungen treffen kann.

### **Was muss also getan werden?**

- 1) Wir alle: Nehmt euch euren Entscheidungsraum! Haltet in eurer Nachbarschaft Versammlungen ab (sofern wieder möglich), bei denen ihr alle Bedürfnisse zu Wort kommen lasst, und organisiert eure gemeinschaftlichen Antworten. Denkt Krisen-Solidarität nicht nur begrenzt und unpolitisch, sondern traut euch, jetzt Alternativen zum toxischen System herzustellen.
- 2) Für Politiker:innen: Entscheidet nicht über Exit-Strategien hinter verschlossenen Türen mit einer Handvoll Expert:innen. Bezieht alle Stimmen ein und beruft eine Bürger:innenversammlung ein, die sich zu langfristigen Strategien und Konjunkturprogrammen auseinandersetzt.